

Wolfgang Thierse

## Zwischenruf: Vorwärts und vergessen

»Was schert mich mein Geschwätz von gestern«, mag Oskar Lafontaine gedacht haben, als er unlängst den Versuch unternahm, den Gründungsakt der SED im Jahre 1946 zum demokratischen Vorgang umzudeuten. Von Zwangsvereinigung, meinte er, könne keine Rede sein, wer das behauptete, offenbare »völlige Unkenntnis der geschichtlichen Zusammenhänge«. Die aus der SED hervorgegangene PDS, so der Saarländer, habe sich »intensiv mit ihrer Geschichte auseinandergesetzt« und falle »nicht auf die Propaganda unserer Gegner herein«. Die SPD sei es, die Nachholbedarf habe und sich ihrer eigenen Geschichte stellen müsse.

Nun überrascht nicht, dass die Geschichte kommunistischer Parteien geschönt wird, das ist seit Stalin so. Was an diesem Vorgang irritiert, ist die Unverfrorenheit, mit der alte Legitimationsmuster der SED wiederbelebt werden.

Dass die SED hervorging aus einer folgenreichen Zwangsfusion von SPD und KPD in der sowjetischen Besatzungszone, gilt unter Historikern als unstrittig. Schon Ende 1945 forcierte die KPD ihre Einheitsbestrebungen. Sie hatte erkannt, dass sie selbst im Schutzraum SBZ aus eigener Kraft keine Wahlen gewinnen konnte. Indiz für den Zwangscharakter der Fusion bleibt das Verbot einer Urabstimmung, die von der SPD in der SBZ fast überall gefordert wurde. Die Kommunisten schürten ein Klima der Angst und diffamierten Einheitsgegner als »Spalter«, »Agenten«, »Saboteure«, »Faschisten«. Die Besatzer erließen Redeverbote, bestellten Skeptiker zu Verhören ein, verhafteten Tausende opponierender Sozialdemokraten. Manche von ihnen wurden getötet.

All das weiß auch Lafontaine sehr gut. Anlässlich des 50. Jahrestages dieses Gewaltaktes (1996) erklärte er als SPD-Vorsitzender: »Die Wahrheit über die Zwangs-



**Wolfgang Thierse**

(\* 1943) war von 1998 bis 2005 Präsident des Deutschen Bundestages, seit 2005 ist er Vize-Präsident. Er ist zudem Vorsitzender der Grundwertekommission sowie des Kulturforums der Sozialdemokratie.

wolfgang.thierse@bundestag.de

vereinigung heißt deshalb: Aus den Reihen der KPD kamen die Täter, die Opfer kamen aus der Sozialdemokratischen Partei. Sozialdemokraten wurden zur Flucht in den Westen gezwungen. Sie wurden drangsaliert, erpresst und inhaftiert. (...) Alle historischen Fakten zeigen: Zu keinem Zeitpunkt gab es eine Mehrheit in der ostdeutschen Sozialdemokratie, die eine Vereinigung mit der KPD (...) befürwortet hätte.« In dieser Gedenkveranstaltung bezeichnete es Lafontaine als zynisch, dass die PDS solche historische Fakten kleinrede und allenfalls eingestehe, »es habe »Elemente von Zwang« gegeben«. So dürfe man, O-Ton Lafontaine, »die Wahrheit nicht verbiegen!« Wie wahr! Zwölf Jahre später hat sich die historische Wahrheit nicht verändert, aber der Politiker Lafontaine: Aus dem ehemaligen Sozialdemokraten ist wohl endgültig eine Art kommunistischer Parteiführer geworden, zu deren untrüglichen Charakteristika immer gehörte, Geschichtsfälscher zu sein!

Die Linkspartei war schon einmal weiter: Zum 55. Jahrestag der Zwangsvereinigung hatte sich die PDS-Führung erstmals zu bedauernden Worten durchgerungen und an die Opfer des Gewaltaktes erinnert. Noch deutlicher hat das die Berliner PDS im rot-roten Koalitionsvertrag von 2002 getan. Diese historische Einsicht, dieses Bedauern hat Lafontaine nun kassiert. Man darf gespannt sein, ob ihm von der eigenen Partei widersprochen wird!